

Schriftleitung und Verlag
Tübingen, Ulmstraße
Fernruf: 2141/42/43
Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.
Kreisausgaben für Tübingen, Freudenstadt, Balingen, Hechingen, Münsingen, Reutlingen, Horb, Calw und Tübingen a. N.

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Einzelpreis 20 Pfennig
monatlicher Bezugspreis
durch Träger 1.50 RM.
durch die Post 1.74 RM.
Anzeigenpreis: Gesamt-
ausgabe und Kreis-
ausgaben nach Preisliste.
Chiffregebühr 1.- RM.
Erscheinungstage:
Dienstag und Freitag

C B Hg Tl Tbl

2. Jahrgang

Dienstag, den 19. November 1946

Nummer 92

Beratende Landesversammlung gewählt

Die CDU hat mit 40 Mandaten die absolute Mehrheit / Erste Sitzung am Freitag im Schloß Bebenhausen

TÜBINGEN. Am Sonntag sind in der gesamten französischen Zone die Wahlen für die „Beratenden Landesversammlungen“ vor sich gegangen. Für Südwürttemberg wurden einschließlich der drei Vertreter für den Kreis Lindau insgesamt 68 Abgeordnete gewählt, in Südbaden 61 und in Rhein-Pfalz für zwei Wahlkollegien insgesamt 129 Abgeordnete. Die Wahlen in Tübingen sind still und ohne besonderes Aufsehen, auch ohne vorhergegangene öffentliche Wahlversammlungen durchgeführt worden. Der Ausgang stand von vornherein ziemlich fest. Jede Partei konnte sich vorher ausrechnen, wieviel Stimmen bzw. Sitze ihr zufallen würden.

Wahlberechtigt für diese Stimmabgabe am grünen Tisch waren sämtliche Mitglieder der 17 südwürttembergischen Kreisversammlungen, außerdem die Gemeinderäte und Bürgermeister der Städte über 7000 Einwohner, also von Balingen, Ebingen, Taiflingen, Biberach, Balesbrunn, Freudenstadt, Ravensburg, Weingarten, Metzingen, Reutlingen, Oberndorf, Rottweil, Schramberg, Schweningen, Friedrichshafen, Rottenburg, Tübingen, Tuttlingen und Wangen/Allgäu.

Diese Zusammensetzung der Wahlberechtigten, brachte zu Ungunsten der CDU, eine leichte Verschiebung, denn in einer Reihe dieser Städte über 7000 Einwohner ist nicht die CDU, sondern die SPD, oder die DVP, im Gemeinderat führend, so daß sich bei der Abstimmung der Gemeinderäte zwar noch eine absolute Mehrheit der CDU, ergab, der Unterschied gegenüber den anderen Parteien jedoch nur einen Sitz betrug.

Bei der Wahl selbst gaben Kreisversammlungsmitglieder und Gemeinderäte ihre Stimmen gesondert ab. Im einzelnen ergab die Wahl folgendes Ergebnis:

- A) Kreisversammlungen:**
Wahlberechtigt 373.
Abgegebene Stimmen 368.
Gültige Stimmen 367. Davon entfielen auf die
- KPD. 20 Stimmen = 2 Sitze
 - SPD. 40 Stimmen = 7 Sitze
 - CDU. 245 Stimmen = 26 Sitze
 - DVP. 33 Stimmen = 3 Sitze
- B) Gemeinderäte:**
Wahlberechtigt: 283.
Abgegebene Stimmen: 281.
Gültige Stimmen: 277.
- KPD. 24 Stimmen = 2 Sitze
 - SPD. 75 Stimmen = 7 Sitze
 - CDU. 134 Stimmen = 14 Sitze
 - DVP. 44 Stimmen = 4 Sitze

Die absolute Mehrheit der CDU, ist demnach auch in der vorbereitenden Landesversammlung sehr eindeutig. Sie verfügt über 40 Sitze, während die anderen drei Parteien zusammen 25 Sitze haben. Im Kreis Lindau wurde ebenfalls die Wahl durchgeführt. Die 20 Wahlberechtigten der Kreisversammlung Lindau wählten je einen Kandidaten der CDU, und der DVP. Bei den Gemeinderäten waren 40 Wahlberechtigte.

Kleine Weltchronik

Die vielfältige deutsche Handelslage wird nach einem Beschluß des Kontrollrates blau, weiß, rot, weiß, blau sein. Die Flagge ist nicht vierzig, sondern auf der Schmalseite in Dreiecksform ausgeschnitten.

Eine französische Abteilung für Abrüstungskontrolle wird in Berlin geschaffen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat den Bericht über den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Gerichtshof gebilligt.

Italien ist in die UN. aufgenommen worden und konnte aus diesem Anlaß Glückwünsche entgegennehmen.

Präsident Truman fordert ein internationales Gesetz zur Aburteilung von Kriegsverbrechern. Juristen der ganzen Welt sollten den Text dieses Gesetzes ablesen.

Die Tschedolowabwei und Polen wollen als „stille Teilnehmer“ an den Sitzungen zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland teilnehmen.

Der frühere britische Außenminister Eden befürwortete im Unterhaus freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion, sprach sich aber gegen die Anerkennung der Grenze im Osten aus.

Die Abgeordneten der englischen Arbeiterpartei, die sich gegen Benins Außenpolitik ausgesprochen haben, werden kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen.

Dänemarks Außenminister wird in London Besprechungen über die künftige Stellung der dänischen Minderheit in Südschweden haben.

Die albanische Regierung hat bei der UN. gegen die Anwesenheit englischer Mißrauschboote vor der albanischen Küste Protest eingelegt.

Eine „Säuberungsaktion“ wird zurzeit im Raum von Selenki von griechischen Regierungstruppen gegen aus Jugoslawien eingebrochene Banden durchgeführt.

Die Palästina-Konferenz in London ist auf Ende Dezember verschoben worden.

Ein stilles Luftfahrtabkommen ist zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion abgeschlossen worden.

Eine neue sowjetische Note zur Dardanellesfrage ist in London eingegangen.

Die Türkei liefert nach einem Abkommen 150 000 Tonnen Weizen an England.

In Batavia ist das niederländisch-indonesische Abkommen unterzeichnet worden, das die Schaffung der Vereinigten Indonesischen Staaten vorsieht.

Die indische Mandiliga hat den Vizekönig Lord Wavell aufgefordert, Maßnahmen gegen die Unruhen im Norden Indiens zu ergreifen.

die sich einstimmig für den Kandidaten der CDU, entschieden.

In Südbaden erhielt die CDU, 37 Sitze, die SPD, 11, KPD, 4 und DVP, 9 Sitze.

Rhein-Pfälzisches Land: CDU, 70, SPD, 41, KPD, 9, Liberale Partei 2 und Sozialer Volksbund 7 Sitze.

Die erste Sitzung dieses Parlamentes für Südwürttemberg und Hohenzollern sowie den Kreis Lindau findet am Freitag, dem 22. November, vormittags 10 Uhr im Schloß Bebenhausen statt. Entsprechend der Bedeutung des Tages, mit dem der demokratische Neuaufbau in Südwürttemberg eine weitere Ausgestaltung erfährt, sind für die gewählten Abgeordneten vor Beginn der ersten Sitzung Gottesdienste in Tübingen angesetzt.

Es wurden gewählt:

- KPD.: Wilfried Acker, Schweningen; Ludwig Wieland, Reutlingen (von den Kreisversammlungen); Wilhelm Weigold, Ravensburg; Ferdinand Zeh, Tübingen (von den Gemeinderäten).
- SPD.: Prof. Dr. Karl Schmid, Tübingen; Adolf Waldner, Laagenhallen; Dr. med. Gertrud Metzger, Rottweil; Dr. Hans Rupp, Reutlingen; Fritz Eder, Biberach; Dr. Dieter Röver, Tübingen; Herbert Höltschauer, Schweningen (von den Kreisversammlungen); Oskar Kalhöll, Reutlingen; Fritz Fleck, Tuttlingen; Adolf Hartmeyer, Tübingen; Otto Künzel, Reutlingen; Josef Schneider, Schramberg; Anton Sommer, Friedrichshafen und Friedrich Röhlf, Freudenstadt (von den Gemeinderäten).
- CDU.: Dr. Albert Sauer, Ravensburg; Dr. Paul Bisler, Tübingen; Ulrich Steiner, Laupheim; Karl Gogler,

- Bottweil; Ph. J. Bischoff, Dettingen/Erms; Franz Gog, Sigmaringen; Eugen Hahn, Münsingen; August Southamer, Allmendingen; Anton Nassal, Heßkirch; Wilhelm Müller, Freudenstadt; Albert Hartmann, Ollins; Thomas Schwarz, Ebingen; Johann Leibinger, Mühlheim/Donau; Fritz Schuler, Calw; Christian Hofer, Horb; Jakob Hermann, Rangendingen; Egon Grall, Krellbrunn; Bernhard Haukecht, Albertshofen; Josef Schneider, Rottenburg; Thaddäus Mayer, Riedlingen; Wilhelm Rathke, Oberstadion; Oswald Degentfelder, Biberach; Ernst Gräble, Calmbach; Dr. Emil Niehammer, Tübingen; Franz Decker, Hechingen; Franz Schneider, Zwielfalten (von den Kreisversammlungen); Eugen Wieding, Reutlingen; Lorenz Bock, Rottweil; Oskar Stummel, Ravensburg; Josef Schiele, Schramberg; Walter Feischer, Freudenstadt; Johannes Feyrer, Taiflingen; Richard Abt, Wangen/Allgäu; Dr. Hermann Doll, Taiflingen; Bernhard Lieb, Friedrichshafen; Wilhelm Braun, Weingarten; Heinrich Vollmer, Biberach/Riß; Manfred Wiggall, Reutlingen; Dora Schläpfer, Tübingen; Dr. Luigard Schneider, Reutlingen (von den Gemeinderäten).

- DVP.: Dr. Friedrich Haug, Ebingen; Ernst Kinkelin, Tuttlingen; Otto Erbe, Tübingen (von den Kreisversammlungen); Dr. Eduard Leuz, Reutlingen; Dr. med. Hans Köhler, Schweningen; Karl Köhler, Ravensburg; Erwin Seiz, Reutlingen (von den Gemeinderäten).

In Lindau wurden von der Kreisversammlung gewählt: Josef Schmid, Eilhofen, Kr. Lindau (CDU.) und Josef Göser, Ulmadermeister in Lindau (DVP.). Will Geller, Beigeordneter der Stadt Lindau (CDU.), erhielt sämtliche Stimmen der Lindauer Gemeinderäte.

Ein Kuriosum ist durch die Wahl dieser drei Abgeordneten insoweit entstanden, als die Lindauer Vertreter nur teilweise der Landesversammlung angehören. Sie haben in Fragen, die sich mit südwürttembergischen Belangen befassen, kein Stimmrecht.

Thorez' Angebot - Die Antwort der Sozialisten

Nähere Angaben über die Zusammensetzung der Regierung erwünscht
Von unserem Korrespondenten

PARIS. (K) Das politische Ereignis der letzten Tage war das Angebot der Kommunisten an die Sozialisten zur Bildung einer Regierung der „Demokratischen, nichtkonfessionellen und sozialistischen Union“ unter kommunistischer Führung. In einer Erklärung des politischen Büros der Kommunistischen Partei wurde u. a. gesagt, die Wahlen hätten klar ergeben, daß das französische Volk eine feste Politik der wirtschaftlichen Renaissance und des sozialen Fortschritts wünscht. Es will eine Stabilisierung der Währung und Einsparungen im Budget sowie eine Liquidierung aller Ueberreste von Vichy, ferner eine Festigung der demokratischen Einrichtungen des Landes. Das Volk will ferner eine brüderliche Politik, die das Wohlergehen und die Freiheit der in der französischen Union zusammengeschlossenen Völker sicherstellt, sowie eine Politik, die die Sicherheit der Grenzen, wie die Bezahlung der Reparationen durch Deutschland gewährleistet, eine Politik des Friedens, die sich auf der vertrauensvollen Zusammenarbeit Frankreichs mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion aufbaut. In der neuen Nationalversammlung gebe es, so sagt die kommunistische Erklärung, sehr wohl eine republikanische Mehrheit, die es erlaubt, eine solche Politik in die Tat umzusetzen. Es käme jetzt darauf an, auf der Basis des genannten präzisen nationalen Programms eine republikanische Mehrheit zustande zu bringen und aus ihr eine Regierung der demokratischen Union zu bilden.

Mit diesem Angebot der Kommunisten hat sich der Nationalrat der Sozialistischen Partei, der am Sonntag tagte, beschäftigt. In der Antwort der Sozialisten auf das Angebot von Thorez werden noch genaue Angaben darüber gefordert, wie nach Ansicht der Kommunisten die Zusammensetzung einer neuen Regierung aussehen soll. Die Sozialisten

wollen erst darüber genaue Gewisheit haben, bevor sie ihre Entscheidung treffen.

Sozialismus auch ohne Sowjetsystem

PARIS. Der Leiter der französischen Kommunisten Maurice Thorez gab dem Pariser Korrespondenten der „Times“ ein Interview über die innen- und außenpolitischen Ziele der Kommunistischen Partei Frankreichs. Thorez erklärte, die Kommunisten wollten in Zukunft die Freundschaft Frankreichs zu Großbritannien noch enger gestalten. Frankreich sei allen seinen Verbündeten in gleichem Maße dankbar und dürfe sich nicht ausschließlich auf ein Land einstellen. Die Entwidlung der Demokratie zeige, wie Thorez weiter ausführte, daß es auch andere Wege zum Sozialismus gebe als denjenigen den die Sowjetunion eingeschlagen habe. Thorez befüwortete eine enge Zusammenarbeit der Kommunisten und Sozialisten in Frankreich und sagte die neue Demokratie werde auch den Katholiken offenstehen. Gegen die Religionserziehung werde vollkommene Neutralität gezwungen werden.

Der Führer der französischen Kommunisten entwickelte noch einem Reuterkorrespondenten seine Ansicht über die Sicherheit und die Reparationen. Er kritisierte die englische Haltung gegenüber Deutschland. Die britischen Vorschläge würden beim Wiederaufbau Deutschlands einer deutschen Herrschaft Vorschub leisten. „Unsere sowjetischen Freunde sprechen von einer interalliierten Kontrolle des Ruhrgebietes, wir dagegen sprechen uns für eine Internationalisierung des Ruhrgebietes aus.“ Unter Sicherheit versteht Thorez absolute Kontrolle des Ruhrgebietes, eine langandauernde Besetzung Deutschlands, Vernichtung des Faschismus, eine wirksame Entwaffnung Deutschlands und eine wirtschaftliche Union zwischen Frankreich und dem Saargebiet.

Gewerkschaftsbund fordert Volksentscheid

Ausmerzung des nazistischen und reaktionären Einflusses

BERLIN. Der Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes hat das Alliierte Oberkommando um die Genehmigung zur Durchführung eines Volksentscheids über die Unterstellung von Unternehmen aus dem Besitz von Nationalsozialisten, Kriegsverbrechern, Konzerndirektoren und Konsortiumsmitgliedern unter öffentliche Verwaltung ersucht.

Damit hat die Spitzenvertretung der deutschen Gewerkschaften die Initiative ergriffen, um in dieser wichtigen Frage ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Nachdem im Bundesland Sachsen und auch in Thüringen die Ueberleitung derartiger Betriebe in die Hände der Länder und Gemeinden schon durchgeführt worden ist, erscheint es angebracht, auch in den übrigen Bezirken der wichtigen Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Sollte das Alliierte Oberkommando dem Antrag des FdGB zustimmen, so ist damit der Weg zu einer einheitlichen Aktion gegeben.

Auch der Vorsitzende der SPD, in Berlin, Franz Neumann, hat zu der Frage in einer Rede Stellung genommen und sich dahingehend geäußert, daß unbedingt die Betriebe von Kriegsverbrechern und Nationalsozialisten in das Gemeineigentum übergeben sollten. Bekanntlich sieht auch der Artikel 41 der Verfassung für Großhessen, über den am 1. Dezember abgestimmt werden wird, die Ueberführung des Bergbaues (Kohlen, Kali, Erze),

der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens in das Gemeineigentum vor. Vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet sollen die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen oben genannten Betriebe werden, deren Sitz nicht in Hessen liegt.

Alle zwei Monate Gewerkschaftstagen

PARIS. Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Saillant, erklärte, daß alle zwei Monate Gewerkschaftstagen für alle vier Besatzungszonen, jeweils in einer anderen Zone stattfinden würden. Eine starke demokratische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland werde eine bedeutende Rolle bei der Umwandlung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ansehens Deutschlands spielen. Louis Saillant sagte eine Unterstützung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung zu, doch dürfe man gleichzeitig die Erfordernisse der französischen Sicherheit nicht vernachlässigen.

Louis Saillant wird am Mittwoch in Wien eintreffen, um dort mit Gewerkschaftsvertretern aus Frankreich, Holland, Amerika, Oesterreich und der Sowjetunion Besprechungen abzuhalten.

PRAG. Eine britische Gewerkschaftsabordnung ist hier eingetroffen.

Die Probe

Es ist hier schon oft ausgesprochen worden, das Hunger ein schlechter Lehrmeister für Demokratie ist. Wer hungert, ist radikal. Wer radikal ist, der schimpft. Er schimpft auf die Männer der Demokratie, weil sie ihm nicht das tägliche Butterbrot auf den Tisch legen können.

Der Mensch ist zwar ein denkendes Wesen, aber leider überschreitet sein Denkvermögen selten den Bereich des fragwürdigen Zirkelschlusses, der seine Urteile aus unbewiesenen und falschen Voraussetzungen ableitet: Weil es im Hitler- oder im Kaiserreich mehr zu essen gab, müssen wir wieder einen Führer oder einen Kaiser haben. Weil zurzeit das Fett knapp ist, taugt die Demokratie nichts. Eine tiefe psychologische Erkenntnis weiß, daß unangenehme Erinnerungen die Neigung haben, sich rasch zu verflüchtigen; zu diesen zählen die Tatsachen, daß wir den Krieg verloren haben und vor einem Trümmerhaufen stehen.

Nun haben wir, verursacht durch den verlorenen Krieg, die sorgenvollste Krise vor uns: Aus allen Zonen überströmen sich die Nachrichten über beträchtliche Kürzungen der Rationen. In der britischen Zone haben die Kalorien sogar das Tausend wieder unterschritten.

Man sieht eine Tragödie großen Ausmaßes herankommen. Sie abzuwehren, sind viele bemüht. Die französische Militärregierung, um mit unserer eigenen Zone zu beginnen, wird nach einem Wort des Generals Koenig alle Mühe aufwenden, um die unzulängliche Produktion auszugleichen. Im britischen Parlament und in der UN. sind scharfe Worte über die Ernährungskrise, die ja eine internationale ist, gefallen.

Die Welt starrt auf Amerika, auf das Wunderland, das Hilfe bringen soll. Aber auch ihm sind Grenzen gesetzt. Das Schiffmaterial fehlt — unsere U-Boote haben es einst selbst in den Grund geschickt — und zudem streiken die Schiffsleute. Dann sind wir ja nicht das einzige Volk, das hungert, auch die Chinesen, die Griechen und die Oesterreicher schreien nach Brot, und selbst das reiche England hat Nahrungssorgen.

Wir tun heute oft so, als ob die Welt die Pflicht hätte, uns zu versorgen. Nach nationalsozialistischer Auffassung gewiß nicht. Jede Tonne Mehl, die zu uns herüberschwimmt, ist eine freiwillige Leistung der anderen. Und es wäre das bitterste Unrecht, wenn wir duden würden, daß die Reiflichkeit des guten Willens angezweifelt wird.

So veröffentlicht die liberale Zeitung „News Chronicle“ die Ergebnisse einer Gallupuntersuchung. Auf die in allen Gesellschaftsklassen gestellte Frage: Sind Sie damit einverstanden, daß eine internationale Politik nach dem Grundsatz einer gleichmäßigen Verteilung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel betrieben wird? Und zwar selbst, daß dieser Modus für England den Verzicht auf gewisse Vorkriegsleckerereien zur Folge haben würde, haben sich 62 Prozent der befragten Personen mit einer Kürzung einverstanden erklärt. Wenn man bedenkt, daß die Vorteile eines solchen Verzichts dem besiegten Gegner, der die Absicht hatte, in England einzubrechen, zugute kommen, und daß eine solche Frage schützen Monate nach Ende dieses Krieges gestellt wird, so kann nur böser Wille davon sprechen, daß die Welt die Absicht habe, uns verhungern zu lassen. Die anderen wollen uns helfen.

Und wie steht es mit uns selbst? Haben wir wirklich innerhalb der uns zu Gebote stehenden Mittel dafür gesorgt, daß wir uns selbst helfen wollen? Die ernste und mahnende Sprache eines Aufrufes der vier südädischen Parteien, an die Bauern gerichtet, sie mögen sich ihrer Christen- und Menschspflicht gegenüber der nichtbäuerlichen Bevölkerung nicht entziehen, spricht gegen die Auffassung, als ob alles getan worden sei, was notwendig ist.

Wir wissen um die Schwierigkeiten, mit denen die Bauern zu kämpfen haben. Aber andererseits häufen sich bei den Redaktionen aller Zeitungen die bitteren Klagen über die Bauern zu Bergen an. Wir haben bisher davon abgesehen, solche Zuschriften zu veröffentlichen, weil wir nicht glauben können, daß der Bauer starren Herzens zusehen könne, wie ein Teil des Volkes untergeht. Aber nun ist die Zeit gekommen, noch einmal diejenigen anzurufen, denen die Gunst des Schicksals Haus und Hof, Acker und Vieh belassen hat, und die ihrer Ablieferungspflicht gegenüber lässig sind. Wir wollen dabei nicht einmal so sehr an die Mildtätigkeit appellieren, sondern an die Einsicht, die jedem sagen muß, daß die Katastrophe, die den Nichtbesitzenden in den Abgrund reißt, auch den Besitzenden mitnimmt. Mit dem Lächeln des schlauen Mannes beiseite zu stehen, mag eine handgreifliche Lebensregel für den Pferdchandel sein, aber wo ein Volk auf dem Spiele steht, gelten höhere Sittengesetze.

Auch den Behörden gegenüber kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie nicht immer mit der nötigen Energie die Maßnahmen durchgeführt haben, die der Sicherung der Ernährung dienen. Vorgänge, wie sie aus Südbaden berichtet werden, wo über 36 000 Hektar Land spurlos verschwunden sind oder eine Stadt tagelang ohne Brot sein mußte, weil eine Rechenmaschine defekt war, zeugen nicht davon, daß die Bürokratie sich dessen

Vom Nagolder Rathaus

In der dritten Sitzung wurde der Beitrag der Stadt an die Evangelische Kirchengemeinde zu dem Aufwand für die Kinderschule, die Kindern aller Konfessionen offen steht, auf monatlich 300 RM für die Schule in Nagold und auf 50 RM für die in Iselhausen festgesetzt. Dazu wird das Brennholz unentgeltlich von der Stadt geliefert.

25 Jahre Tuberkulosefürsorge im Kreis

Etwas aus der Arbeit des Gesundheitsamtes

Zu den verschiedenen Einrichtungen, die der Gesundheit der Bevölkerung des Kreises dienen und über die wir schon mehrfach berichtet haben, gehört auch das Gesundheitsamt. Seine Aufgabe ist, das Auftreten von Krankheiten möglichst zu verhindern, d. h. dafür Sorge zu tragen, daß die Gesunden gesund bleiben. Die Sorge für die Kranken kommt bei ihm erst in zweiter Linie in Frage.

ten, private Geschäfte dürfen während der Dienstzeit nicht besorgt werden. Die Bestimmungen der Gemeindeordnung über Amtverschwiegenheit, Geschenknahme für dienstliche Handlungen usw. werden eingeschärft.

Aus dem Gerichtssaal

Eine üble Zellerziehung sind die vielen Diebstähle, die überall in zunehmendem Maße festzustellen sind. Gewiß läßt der Mangel an allem Lebensnotwendigen viele die Begriffe mein und dein nicht mehr unterscheiden, aber diese nun einmal nicht abändernde Tatsache berechtigt noch lange nicht, den Mitmenschen zu bestehlen.

Kleine Kulturschau

Vom Gesangsverein „Liederkreis Concordia“ Calw stattgegebenen Ausschussung wurden folgende Vorstandsmitglieder einstimmig gewählt: Vorstand Louis Kuhn, Schlossermeister und Stadtrat; Schriftführer und zugleich stellv. Vorstand: Fritz Fischer, Behördenangestellter; Kassier: Wilhelm Mittelschne, Friseurmeister.

Aus der Arbeit des Kreisjugendausschusses

Unter Führung des Herrn Landrats und des Vorsitzenden Gögeler sowie mit einigen Ausschussmitgliedern bereiste der Kreisjugendausschuss der Würzburger Jugend im Löwen- und Löwenbauernhaus in Würzburg.

Familiennachrichten

Ihre Vermählung haben bekannt: Werner König, Hildegard König, geb. Luz. Altensteig, Rosenstraße 190. — Novemb. 1946.

Antliche Bekanntmachung

Amtsgericht Nagold, In der Strafsache gegen 1. Karl Bött, verh. Maurerpoller in Nagold 2. Christian Bauer, Landwirt in Beihingen, wegen Vergehens gegen die Verbraucherverordnung u. a.

Aerztetat

Meine Praxis befindet sich jetzt Bahnhofplatz 2 (Café Neubrand). Dr. med. H. Spatz, Florheim, Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten.

Stellenangebote

Fleischner, tüchtig, selbständig, kann sofort eintreten bei Gottlieb Rathfelder, Hirsau.

Tausch / Geboten

Personenwagen (Opel P 4), Benzin, ges. Personenwagen (Holzopel) od. 1/4 T. Lieferwagen, fahrbereit. Angeb. u. C 2156 an S. T. Calw.

Heiratsanzeigen

Großkaufmann, 30er, vermög., möchte mit handelsmäßig. Dame bis etwa 28 Jahre, aus guter Familie, glücklich werden. Näheres unter Nr. 147 durch Briefbund Treuhf. Geschäftsstelle München 51, Schießbach 37.

Verschiedenes

Verloren am 7. Okt. a. d. Str. von Calw b. Stammheim ein d'grauer Regenmantel (Drah). Der ehrl. Find. u. geb. dens. gg. g. Bel. abzugeben in Altburg, Haus Nr. 11.

Was sagt die Menschheit dazu?

Der „Mikrobenkrieg“ — eine neue Gefahr
Im Verlauf des Nürnberger Prozesses war vornehmlich vom bakteriologischen Krieg die Rede.

Durch diese Erzeugung einer Waffe, die bisher noch in keinem Kriege zur Anwendung gekommen ist, konnte sich die Öffentlichkeit die Wirkungsweise der Mikroben nicht vorstellen.

Eine Entdeckung in Südafrika
Einen Begriff von Charakter der bakteriologischen Waffe gibt ein Bericht des wissenschaftlichen Redakteurs der „Daily Mail“.

Die Herstellung der „Botulinus“-Waffe ist jedoch viel leichter und vor allem sehr viel billiger: die Fabrication von Atombomben kann sich nur eine sehr reiche Großmacht leisten.

Die Menschheit muß protestieren!
Was aber sagt die Menschheit dazu? Was die Völker? Keis ist sicher, ob es von einem dritten Weltkrieg, den manche Zeitungen schon den „planetarischen“ nennen, verschont bleibt.

Die Irrungen Thaddäus Schmachtvolls
Von Manfred Kyber
Thaddäus Schmachtvoll war ein deutscher Dichter und besaß demgemäß zwei Hemden.

Thaddäus Schmachtvoll träumte davon, daß er einmal ein Kapitalist sein würde, nämlich wenn zu einem leidet noch nicht genau zu bestimmenden Termin der zehnte Band seiner Lyrik in der hundertsten Auflage erscheinen würde.

Thaddäus Schmachtvoll beschloß, seinen Kapitalismus sozusagen festzulegen. Er ging auf eine Bank, wo er noch nie gewesen war, und eröffnete ein Konto von 100 Mark.

Am anderen Morgen erhielt er von der Bank das folgende Schreiben, vor dem er bei Empfang des Briefes erst eine sensationelle Nachricht über seine Zinsen erwartet hatte.

Existenzsorgen des Arbeiterstudenten

Wer hilft ihm beim Abgang von der Universität?

Der Kernsatz des Sozialismus: „Jeder nach seinen Fähigkeiten“ präzisiert sich in der heute akuten Forderung nach dem Ausbau des Arbeiterstudiums.

Wie geht es in diesem Falle unserem Arbeiterstudenten? Er verfügt weder über einen reichen Vater noch über wohlwollende Kreditgeber.

Man mag einwenden, daß es zu allen Zeiten selbstmache-Männer gegeben habe, daß Werk-

arbeit und früher Eigenerwerb Willen wie Fertigkeiten kräftigen und dem wahrhaft Tüchtigen kein Hindernis zum Erfolg bilden.

In derselben Lage befindet sich unser Arbeiterstudent, der im Kreise begüterter Kommilitonen und Kollegen nicht vermeiden kann, daß er als minderwertig angesehen, eingeschätzt und behandelt wird.

Mit welchen Mitteln soll der arme, schützende Staat diesen zusätzlichen Aufwand bestreiten? Antwort: Mit denselben Mitteln, mit denen heute Neureiche und Altreiche ihre Bäderreisen und sonstigen Extravaganzen, die bei allem Wohlwollen heute untragbar sind, finanzieren.

Die Zahl der Einwände, die gegen vorgebrachte Forderung erhoben werden, ist ein gutes Maß: es gibt unsere Entfernung vom Sozialismus an.

Nachrichten aus aller Welt

Französische Zone

BADEN-BADEN. Der deutsche Presserabatt in der französischen Zone ist vom Hauptkörper der Sprachkommission Nürnberg erwidert worden.

AMERICANISCHE ZONE
STUTTGART. In der letzten Sitzung der Verfassungskommision Landtagsversammlung gab Ministerpräsident Dr. Maier eine Erklärung zur Entlassung ab.

MÜNCHEN. 35 Mitglieder des Lehrkörpers der Universität werden nach Aufweisung der Militärregierung entlassen.

ENGLISCHE ZONE
HAMBURG. Beim Verladen von Reparationsgut kreuzte ein sowjetischer Dampfer und sank innerhalb weniger

Minuten. Die Ursache war ein 30 Tonnen schweres Eisenstück, das sich beim Verladen vom Kessel löste und auf den Schleppler fiel.

BREMEN. 1900 Personen demonstrieren vor dem Rathaus wegen der Beschlagnahme von Häusern.

RUSSISCHE ZONE
TANGERMÜNDE. Nach siebenmonatiger Arbeit haben die Sowjetbehörden die Demontage der Zuckerraffinerie von Tangermünde, der bedeutendsten Europas, beendet.

BERLIN
BERLIN. Der Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an den Alliierten Kontrollrat die Bitte gerichtet, Maßnahmen zur Sicherung der Kohlenlieferungen aus dem Westen zu treffen.

AUSLAND
PARIS. General Bellocourt, der Oberkommandierende der französischen Zone Österreichs, ist zum Oberkommandier für Österreich ernannt worden.

WASHINGTON. Hier hat die erste Zusammenkunft amerikanischer und russischer Gewerkschaftler stattgefunden.

NEW YORK. Der bekannte Südpazifikfahrer, Admiral Byrd, wird auch in diesem Jahre eine neue Expedition unternehmen, an der rund 300 Wissenschaftler teilnehmen sollen.

BUENOS AIRES. Der Streik der Arbeiter ist durch das energische Eingreifen des Präsidenten Peron beendet worden.

TOKIO. Durch einen Beschluß der Regierung ist die Gesellschaft für Kriegskasse aufgelöst worden.

Zum Nachdenken

Menschen

Was suchen wir eigentlich auf der Erde anderes als Menschen? Das einzige, wonach wir mit Leidenschaft trachten, ist das Anknüpfen menschlicher Beziehungen, nichts ist uns umgekehrter so schmerzhaft als das Auflösen derselben.

Ricarda Huch

Auswandererwelle in England

(Von unserem Korrespondenten)

LONDON. (K.) Nach jedem Kriege treten in allen Ländern verstärkte Auswanderungswünsche auf, weil viele glücken, andere bessere Existenzmöglichkeiten zu finden.

England war während des Krieges Aufmarschgebiet und Waffenlager. Amerikanische und kanadische Truppen nahmen an der Invasion teil oder blieben beim Nachschubwesen auf der Insel.

Außer diesen normalen Rückwanderern haben aber noch sehr viel mehr Engländer Schiffsplätze nach Übersee bestellt. Ihre Zahl ist für die englische Öffentlichkeit sogar beunruhigend hoch.

Handwerker, getriebene Arbeiter und Landwirte, die in den überseeischen Ländern besonders stark begehrt werden, sind zur in verwindender Zahl unter den Auswanderern. Trotzdem werden ihnen die Länder des britischen Empires und auch die USA, keine Schwierigkeiten bei der Gewöhnung der Elemente und der Niederlassung machen.

Die Internationale Luftfahrt-Ausstellung
PARIS. Die Internationale Luftfahrt-Ausstellung ist durch Ministerpräsident Bidault am Freitag eröffnet worden.

Kürzlich machte die englische Polizei mit der Verhaftung des Herrn Corrigan einen guten Fang. Dieser König unter den Hodentaplern galt nach den Aussagen eines Komplizen als wohlhabender Millionär, der nicht weniger als 17 Reispflünde und fünf Luxuslimousinen sein Eigenes nannte.

Ein nobler Herr

Nun hat dieser Ausläufer der Gesellschaft, von dem man sagt, daß er einmal mexikanischer General gewesen sei, vor wenigen Tagen in seiner Londoner Gefängniszelle seinem Leben mit einer selbstigen Kravatte ein Ende gemacht.

„Sie zählten bei uns Mark 100 ein, wofür Sie Wert 4 dieses erkannten und erhoben bei uns Mark 95 auch 50 Pfennige, wofür wir Sie Wert 4 dieses belasteten, zuzüglich unserer Postspesen von 1 Mark auch 25 Pfennigen Wert 4 dieses, womit verbleibt ein Saldo zu Ihren Gunsten von 3 Mark auch 75 Pfennigen, wofür wir Sie Wert 4 dieses erkannt haben.“

„Ihren Brief habe ich erhalten und habe zu obigem Betrag mit heißem Dank ersehen, daß Sie mich, obwohl belastet, doch nach so kurzer Bekantschaft erkannt haben, und daß Sie Wert 4 dieses mit aller künftigen anfallenden Gebühren ohne mehr für heute hochachtungsvoll verbleiben sind, was ich ebenso herzlich erwidere.“

„Ihr Schreiben mit Band und Heberolle, welche ich nicht besitze, habe ich erhalten und danke Ihnen herzlich, daß eine weitere Zahlungsaufforderung nicht erfolgen soll. Daß Sie auf eine bei mir ja auch ganz erfolglose Pfändung verzichten, ersehe ich mit Freude auch daraus, daß Sie nur zur Pfändung schreiten, es also offenbar nicht zur Pfändung selbst kommen lassen wollen.“

„Der Beamte kündigte ferner an, daß man nach geschrittener Pfändung ohne Aufenthalt zu einem Strafverfahren wegen Beleidigung einer Behörde von siebenunddreißig Buchstaben schreiten werde.“

